



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/251

27. Oktober 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

Zum Thema Neuwahlen	S.1
Bericht über die pol. Entwicklung in Palästina	S.3
Ollenhauer zur letzten COMISCO-Tagung	S.5
Zur Frügelknabenrolle der Presse	S.6
"Ein gut mittelalterlicher Parteivorstand"	S.7

### Warum Neuwahlen ?

-nn. Der Bundeskanzler, jeder politischen Argumentation ausweichend, verweist auf den Wortlaut des Grundgesetzes, wenn er auf die Notwendigkeit der Auflösung des Bundestages im Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung hingewiesen wird. Es ist richtig, dass das Grundgesetz für einen solchen Fall die Auflösung der Volksvertretung nicht vorsieht. Das hat der SPD-Vorsitzende in seiner letzten Pressekonferenz in Bonn unumwunden zum Ausdruck gebracht. Er sagte, es hänge von der Einsicht der anderen Seite ab, ob sie die Verantwortung für etwas übernehmen solle, bei dem sie nicht bestimmt wisse, dass die Mehrheit des Volkes dahinter stehe. Das war weder ein ausgesprochener Appell noch ein Zugeständnis an die Regierung und an die sie stützenden Parteien. Es war die Anerkennung des Tatbestandes, dass dem Buchstaben der Verfassung nach der Bundeskanzler durchaus im Recht ist, wenn er mit Berufung darauf die Neuwahlen ablehnt. Das Argument des Oppositionsführers ist deshalb aber nicht weniger überzeugend; denn die Bundesregierung wird weder im Ernst bestreiten können, daß die Wiederbewaffnung eine wirklich schicksalhafte Frage für das deutsche Volk ist, noch wird sie sich anmassen wollen, eine solche Frage möglicherweise gegen die Mehrheit der Bevölkerung von sich aus zu entscheiden.

Dieser Bundestag hat kein Mandat, über ein Problem zu befinden, bei dem Leib und Leben von 50 Millionen Deutschen auf dem Spiele stehen! Schon der Umstand, dass sich der Bundeskanzler auf den Buchstaben der Verfassung beruft, jeder politischen Argumentation der Opposition aber ausweicht, macht deutlich, wie unsicher er im Grunde ist. Er weiß

sehr genau, daß die Mehrheit des Volkes seiner Politik in dieser Frage bestimmt nicht folgt und befürchtet daher, dass Neuwahlen im Zeichen der Remilitarisierung seinen Kanzlerthron erschüttern oder ganz beseitigen könnten. So verhängnisvoll es wäre, wenn das deutsche Volk sich aus diesem Anlass in zwei unversöhnliche Lager teilte, obgleich doch die Erhaltung des Friedens ein allgemeines Anliegen ist, - die Verantwortung dafür würden diejenigen tragen, die nicht bereit sind, sich dem Urteil des Volkes zu unterwerfen. Nach den Worten Dr. Schumachers muss jedenfalls mit einem erbitterten Kampf für den Fall gerechnet werden, dass die Bundesregierung und der Bundestag die Einsicht in die demokratischen Notwendigkeiten vermissen lassen.

Wenn sich die Meldungen bewahrheiten, daß die Alliierten eine deutsche Entscheidung zugunsten des Verteidigungsbeitrages nicht akzeptieren würden, sofern diese nur von der sprichwörtlichen Regierungsmehrheit mit einer oder zwei Stimmen getragen wäre, dann ist die bisherige Politik des Bundeskanzlers ohnehin illusorisch. Was aber eintreten würde, wenn man der Entscheidung überhaupt auszuweichen versuchte, wäre wirklich verhängnisvoll. Schon in der Frage der Bereitschaftspolizei war eine Tendenz Dr. Adenauers zu beobachten, die Angelegenheit ohne das "störende" Dazwischentreten der Opposition dadurch zu regeln, dass die Besatzungsmächte als Träger der Souveränität die Bundesregierung durch einen Hoheitsakt mit den notwendigen Vollmachten ausstatten. Daß ähnliche Bemühungen des Kanzlers sich wiederholen könnten, erscheint nicht ausgeschlossen, nachdem sowohl die SPD wie die kleineren Parteien der Opposition bereits jetzt ein klares Nein zur Remilitarisierung unter den gegenwärtigen Voraussetzungen gesprochen haben und Dr. Adenauer nur mit seiner "klassischen" Mehrheit im Bundestag rechnen kann.

Um keine falschen Vorstellungen über die Konsequenzen eines solchen Schrittes aufkommen zu lassen, muss aber an das Wort Dr. Schumachers erinnert werden, nach dem der Versuch, aus dem Besatzungsrecht heraus der Bundesregierung Rechte zu übertragen, um daraus eine Bewaffnung herzuleiten, auf den schärfsten Widerstand der Opposition stossen würde.

- - - - -

Mapai, Mapam, Maki  
oder Israel's trojanisches Pferd

H.P. Die Regierung von Israel ist zurückgetreten. Ministerpräsident Ben Gurion dürfte auch zum 3. Male wieder vom Staatspräsidenten mit der Bildung des Kabinetts betraut werden, nachdem er bereits an der Spitze der vorherigen Regierungen stand. Ben Gurion stützt sich auf die Mapai (Arbeiterpartei), deren Vorsitzender er ist, die mit 46 Abgeordneten (von 120) die stärkste Fraktion im Parlament darstellt,

Die Mapai, welche der COMISCO angeschlossen ist, verfolgt einen ausgesprochenen sozialdemokratischen Kurs. Der Rücktritt der Regierung erfolgte wegen Meinungsverschiedenheiten mit den religiösen Koalitionsparteien über die Wirtschaftspolitik des Landes. Neben den innenpolitischen Schwierigkeiten ist Israel auch dauernden aussenpolitischen Spannungen unterworfen. Als Schlüsselposition im Vorderen Orient unterliegt es sowohl westlichen wie östlichen Einflüssen. Das Zusammenleben von rund 1.150.000 Arabern mit 600 000 Juden und 150 000 Christen bedingt Probleme besonders delikater Natur.

Das Tauziehen zwischen Ost und West hat aber auch ein direktes Spiegelbild im Parlament selbst, wo die zweitstärkste Partei, die Mapam (linke Arbeiterpartei), die mit 19 Sitzen vertreten ist, eine ausgesprochen pro-sowjetische Politik vertritt. Die Mapam ist eine Partei, die 1947 aus der Vereinigung von drei Gruppen hervorgegangen ist, die heute sowohl stimmenmässig als auch faktisch dem Krenl weitaus bessere Dienste leistet als die kleine kommunistische Partei (4 Abgeordnete). Während die Kommunisten hauptsächlich in den Städten einen Einfluss haben, gibt es über fünfzig landwirtschaftliche Siedlungen (Kibbukim), die heute der Mapam unterstehen.

Der Führer von Mapam, Mosche Sneh, gehörte früher in Polen zum rechten Flügel der Zionisten, der erst im Jahre 1940 nach Palästina kam. Eine Zeitlang war er der Leiter der Haganah, der jüdischen Armee, die nicht wenig dazu beitrug, die Engländer aus Palästina herauszudrängen. Sneh ist ein begabter Redner und Journalist und gilt als wirkliche Persönlichkeit. Er trat der Mapam gleich nach der Gründung bei und ist seitdem der wirkungsvollste Agent des Stalinismus gewesen. Die einzige Differenz zwischen Mapam und den Kommunisten besteht darin,

dass Mapam die Haltung der Sowjetunion gegenüber dem Zionismus bedauert. Sie halten es für eine "falsche" Politik, den russischen Juden die Einwanderung nach Israel zu verweigern.

Die israelitische Regierung hat anfänglich auf ein gutes Zusammenarbeiten mit Russland gehofft. Der dauernde Druck der Sowjets in ihrem Lande und in den Volksdemokratien zur Gleichschaltung der Juden und die Bekämpfung des Zionismus, hat aber Ben Gurion und die Mapai veranlasst, eine Wendung vorzunehmen. Dazu hat die Aktivität der Mapam auch ein übriges getan. Sie hat mit den Kommunisten selbstverständlich auch in Israel einen Friedenskongress organisiert. Während sich die Mapai dem UNO-Protest gegen die Aggression der Nordkoreaner angeschlossen hat, stimmten Mapam und Maki gegen die "Kriegshetzer".

Eine Zusammenarbeit der israelitischen Arbeiterpartei mit der Mapam ist ausgeschlossen. Inwieweit aber die Mapam zu einer wirklichen Gefahr für die ganze Republik werden wird, dürfte nicht in Israel entschieden werden. Moskaus Erfolg oder Mißerfolg im Vorderen Orient wird auch das Schicksal Isarels weitgehend bestimmen.

-----  
 "Le Populaire" wird wieder gross .  
 =====

A.F. Bekanntlich musste sich infolge Geldmangels das Parteiblatt der französischen Sozialisten "Le Populaire" während langer Monate mit einem bescheidenen Format von nur zwei Seiten begnügen. Diesem bedauerlichen Zustand konnte nun Ende Oktober 1950 ein Ende bereitet werden. Die von Léon Blum gegründete Zeitung kann sich wieder bei einem Umfang von täglich 6 grossen Seiten mit den anderen Pariser Tageszeitungen zumindest äusserlich vergleichen. Die erforderlichen Mittel wurden ausschliesslich von den Parteimitgliedern und den Freunden des "Populaire" aufgebracht. Die Zeichnungslisten lagen über ein Jahr aus und gestatteten die Mobilisierung von rund 20 Mill. FFrs. (etwa 250 000 DM). Trotz diesem Anfangskapital erscheint die Wiederauferstehung des "Populaire" als ein finanzielles und kaufmännisches Wagnis. Nach vorsichtigen Berechnungen werden nämlich für die Herausgabe einer Pariser Tageszeitung durchschnittlich 80 bis 100 Mill. FFrs. benötigt. Das Blatt der sozialistischen Partei ist daher verpflichtet, auch weiterhin an die Spendefreudigkeit seiner Freunde zu appellieren. Seine Herausgabe musste übrigens gewagt werden, da die Partei nur schwer mit einem Zentralorgan in Kleinformat in den Wahlkampf ziehen konnte.

Meinungsverschiedenheiten in der COMISCO

Aus einem Interview Erich Ollenhauers mit dem "Neuen Vorwärts"

Der Bonner Korrespondent des "Neuen Vorwärts" hat den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, über die letzte COMISCO-Konferenz in Paris befragt, an der Ollenhauer und Fritz Heine vom Parteivorstand der SPD teilnahmen.

Zur Haltung der Konferenz in der Schuman-Plan-Frage erklärte Ollenhauer u. a.:

"Die Konferenz hat nochmals betont, dass "jeder Vorschlag auf Planung der Eisen- und Kohlen-Industrie Europas, der nicht von der Erhöhung der Nachfrage und von der Vollbeschäftigung ausgeht, sehr schnell die Form eines Kartells mit einschränkenden Tendenzen annehmen muß." Die "COMISCO" erblicke eine wesentliche Vorbedingung für den Erfolg des Schuman-Planes darin, dass die Vertreter der Gewerkschaften in den zentralen und regionalen Körperschaften ausreichend berücksichtigt werden und fordert die angeschlossenen sozialistischen Parteien auf, den Vertragsentwurf nicht allein unter dem Gesichtswinkel der nationalen Souveränität, sondern gleichzeitig vom gemeinsamen Interesse der Völker und ihrer Arbeiter als Erzeuger und Konsumenten her zu sehen. Er, Ollenhauer, habe die Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, ob die Verwirklichung des Schuman-Planes den deutschen Arbeitern in der Kohlen- und Eisen-Industrie tatsächlich ausreichende Lebens- und Arbeitsverhältnisse garantiere.

Ollenhauer berichtete dann auch von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der COMISCO in Bezug auf die künftige Gestaltung Europas. Einig sei sich die Konferenz schliesslich darin gewesen, dass unter allen Umständen in dieser Frage eine gemeinsame Politik der sozialistischen Parteien gefunden werden müsse und die europäische Einheit ohne eine Beteiligung Englands und der skandinavischen Staaten wertlos sei. Zum weiteren Studium der Probleme sei eine Kommission eingesetzt worden, in der neben der SPD die Parteien Grossbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Hollands und Skandinaviens vertreten sind.

Auch über einen möglichen deutschen Beitrag bei der Organisation einer europäischen Verteidigung konnte man sich nicht einigen. Guy Mollet sei für die SFIO zu dem gleichen Ergebnis gelangt wie es von

der SPD vertreten werde, wenn auch nicht aus gleichen Gründen. Wesentlich anders seien die Meinungen eines Teils der übrigen kontinentalen Parteien gewesen. Die Diskussion habe zu dem Beschluß geführt, auch diese Frage der Europa-Kommission zur weiteren Beratung zu überweisen.

- - - - -

" In einem Teil der Presse "

- . . . . .

sp. Abermals hat sich die Presse "geirrt". Diesmal beim Bundeswirtschaftsminister. Er hat nicht selbst öffentlich dementiert, dass er nichts von einer Erhöhung der Einkommensteuer in Goslar gesagt habe, aber er hat ~~den~~ Bundesfinanzminister ermächtigt zu sagen, " dass Prof. Erhard inzwischen die irrigen Auslegungen in einem Teil der Presse über seine Goslarer Ausführungen selbst richtiggestellt habe". Zur Steuerung der Wahrheit muss aber festgestellt werden, dass es auch diesmal keine "irrigen Auslegungen" gegeben hat, sondern höchst überraschende, mit dem Finanzminister vermutlich nicht abgesprochene, trotzdem aber handfeste Erklärungen des Wirtschaftsministers, denn Prof. Erhard hat auf der Pressekonferenz in Goslar wörtlich gesagt: (von seinem unmittelbaren Tischnachbarn mitstenografiert): "...die Einkommensteuer wird davon auch berührt werden" und anschliessend daran: "Wir wissen, dass Steuererhöhungen problematisch sind, aber sie sind besser als jeder andere Weg". Es konnte nicht wunder nehmen, dass solchen klaren Feststellungen nicht etwa "ein Teil der Presse" erlag, sondern alle Journalisten, die an dieser Pressekonferenz im "Schwarzen Adler" in Goslar teilnahmen.

Man kann es dem Finanzminister nachfühlen, dass er am Montag einen Chock bekam, als ihm unisono aus allen deutschen Zeitungen die Ankündigung von Steuererhöhungen, besonders von der Erhöhung der Einkommensteuer, entgegenschrie. Den mangelnden Kontakt zwischen ihm und dem Wirtschaftsminister aber wieder auf die Presse abzuwälzen, ist weder fair noch überzeugend, zumal der "Fall Seeborn" erst wenige Tage zurücklag. Minister Seeborn hatte in Braunschweig etwas gesagt, was er nachher in den Zeitungen nicht wiedererkennen wollte, wobei Seeborn "einem Teil der Presse" die Fähigkeit absprach, Auszüge aus Reden anzufertigen. Eine Nachprüfung der auf Magnetophonband aufgenommenen Rede ergab, dass die Sonntags-Rede des Ministers sinngemäß so wiedergegeben worden war, wie der Minister sie gehalten hatte. Es kam darauf zu einem Beschwerdebrief der Bundes-Pressekonferenz an

den Bundeskanzler.

Wie die Ereignisse zeigen, haben auch Beschwerden beim Bundeskanzler über diese eigenartige Praxis unserer Minister keinen Erfolg. Es ist nicht zum ersten Male, dass die Presse als Prügelknabe für die Sonntagsreden der Minister herhalten muss. Da das vermutlich auch nicht zum letzten Male sein wird, alle bisherigen Gegenaktionen aber erfolglos blieben, wird die Presse zur Wahrung ihrer Interessen und zur Rettung ihrer Berufsehre einmal etwas mehr tun müssen als den Papierkorb des Bundeskanzlers füllen. Es könnte vielleicht sehr heilsam für manchen Minister sein, wenn sein Name nach der nächsten Beleidigung der Presse für eine gewisse Zeit aus der Öffentlichkeit verschwindet. Die Welt wird deshalb nicht einstürzen, auch die Welt der Bundesrepublik nicht, wenn man von diesem oder jenem Minister solange nichts mehr hört, bis er seinen unberechtigten Vorwurf gegenüber "einem Teil der Presse" zurückgenommen hat. Bei dem Geltungsbedürfnis so mancher unserer Minister dürfte die "Wartezeit" kaum sehr lange werden. Eine solche Belehrung hätte ausserdem einen Nutzen für die Allgemeinheit: die Herren Minister würden ihre Sonntagsreden so formulieren, dass sie weder Steuer- noch aussenpolitisches Porzellan zerschlagen.

- - - - -

Der gut mittelalterliche Parteivorstand

sp. Die CDU sollte in historisch so denkwürdigen Städten wie Goslar keinen Parteitag abhalten. Das mittelalterliche Milieu ist, so man selbst etwas mittelalterlich veranlagt ist, zu verführerisch. Es muss die Menschen und ihre Handlungen beeinflussen und im Unterbewusstsein schlummernde Neigungen stärken. Denn kaum anderswo als in Goslar hätte Prof. Stier den fast 2000 Jahre selig schlummernden Kaiser Augustus so überzeugend zum Kronzeugen einer "konservativen, nationalen und religiösen" Politik (der CDU) anrufen und die Wohltat des konservativ-feudalen Regimes des Mittelalters preisen können. Aber siehe, nicht nur der Historiker Stier hatte seine Umgebung übermannt, auch der neu gewählte Parteivorstand der CDU hat dem genius loci der alten Kaiserstadt gehuldigt. "Mindestens acht der 16 Mitglieder des Bundespartei Vorstandes kann man zu den Jungen rechnen und weitere vier bis fünf sind gutes Mittelalter" - schreibt der parteiamtliche Pressedienst der CDU. Sicherlich hat der DUD ein "mittleres Alter" gemeint und hätte wahrscheinlich unter normalen Umständen "Mittel-Alter" geschrieben. Aber unter dem Eindruck von Stier und von Goslar nicht Mittelalter zu schreiben, wäre ein Verrat an der neuen zweitausendjährigen Linie der CDU gewesen.

+ + + +

Verantwortlich: Peter Raunau